

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerechtfertigt für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schöel
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 37

Dienstag, den 15. Februar 1927.

101. Jahrgang

Die Mächte zu Coolidges Botschaft.

Ein neuer Vorschlag Coolidges?

Eine Dreimächtekonferenz.

U. Berlin, 15. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Washington will Coolidge für den Fall, daß Frankreich und Italien in ihrer ablehnenden Haltung verharren, anstelle einer allgemeinen eine Dreimächtekonferenz, Amerikas, Englands und Japans vorschlagen, die voraussichtlich in Washington stattfinden und sich ausschließlich auf die Marinereinstellungen beschränken würde. Sowohl England als Japan haben hierfür ihre Mitarbeit zugesichert.

Annahme durch Japan.

U. Berlin, 15. Febr. Wie die Blätter aus Tokio berichten, hat das japanische Kabinett beschlossen, den Vorschlag Coolidges auf Einberufung einer Konferenz über die weitere Beschränkung der Rüstungen zur See anzunehmen. Die japanische Antwort soll in der heutigen Kabinettsitzung formuliert und sobald wie möglich nach Washington übermittelt werden.

Prüfung in Rom.

U. Rom, 15. Febr. Zu dem neuen Abrüstungsvorschlag Coolidges wird von amtlicher Seite mitgeteilt, daß der Vorschlag zurzeit noch einer sorgfältigen Prüfung unterzogen würde. Ohne jedoch der offiziellen Antwort vorzugreifen, könne bereits heute gesagt werden, daß Italien keinen Maßnahmen zustimmen könne, die eine Gefährdung seiner Lebensinteressen bedeuteten. Seit 1922 seien einige Momente hinzugekommen, die diese Haltung besonders notwendig machten, in erster Linie die Beschleunigung, mit der gewisse Mächte ihre Marine verstärkten.

Die französische Antwort.

U. Paris, 15. Febr. Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird die französische Antwort auf das Memorandum des Präsidenten Coolidge heute fertig, so daß der heutige Ministerrat seine Genehmigung hierzu erteilen kann. Man rechnet damit, daß die Antwort Frankreichs in einigen Tagen, wahrscheinlich am Donnerstag, erfolgen wird.

Zurückhaltung in England.

U. London, 15. Febr. Ministerpräsident Baldwin teilte gestern im Unterhaus mit, daß die Regierung eine Erklärung im gegenwärtigen Augenblick noch nicht abgeben könne.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bezeichnet es als nicht überraschend, daß Japan und auch Italien den neuen Flottenabüstungsvorschlag des Präsidenten Coolidge begünstigen. Dabei müsse man auch berücksichtigen, daß ferner Italien und Frankreich in der Flottenabüstung gemeinsam marschieren, da die Flotten beider Staaten in eifriger Konkurrenz stehen. Italien und Frankreich legen auf den Unterseebootbau das größte Gewicht, weil sie die Unterseebootwaffe als verhältnismäßig billige Waffe ansehen. Dazu komme noch, daß die italienische Admiralität die größten Torpedierleistungserfolge ihren wunderbaren Motorbooten, genannt Mas, zuschreibe.

Der „Daily Telegraph“ stellt dann verwundert fest, daß die neuesten amerikanischen Abrüstungsvorschläge in dem abgerüsteten Deutschland mit seiner zweiklassigen Flotte so viel Interesse finden, obwohl Deutschland auf Grund seiner schwachen Flottenstärke von dem amerikanischen Flottenabüstungsvorschlag gar nicht betroffen werde. Die Marineabüstungsfrage dürfe im Völkerbund, wo neben erstklassigen Flottenmächten auch eine zweiklassige, wie Deutschland, säße, noch manche Schwierigkeiten ergeben.

Tages-Spiegel.

Im deutsch-polnischen Konflikt versucht Polen weiterhin durch unbegründbare Behauptungen die Schuld Deutschland zuzuschreiben.

Die französische Presse ist natürlich bemüht, Polen zu unterstützen und gegen Deutschland zu hetzen.

Der sächsische Innenminister Dr. Dehne hat gestern sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Sein Nachfolger wird noch in dieser Woche ernannt werden.

In Belgien erwartet man dieser Tage den Abschluß eines deutsch-jugoslawischen Handels- und Schiedsgerichtsvertrages.

Die spanisch-französischen Verhandlung, die gestern in Paris ihren Anfang nehmen sollten, sind auf Ersuchen der spanischen Delegierten um 24 Stunden verschoben worden.

Während Japan dem Vorschlag Coolidges zu einer Flottenabüstungskonferenz zugestimmt hat, verhalten sich die übrigen Mächte, insbesondere England, abwartend.

geteilt haben. Sogleich nach der Abstimmung erblickt man in dem Verhalten Pilsudskis eine Drohung gegen die, die gegen das Budget gestimmt haben.

Trotzdem war das Ergebnis der gestrigen Abstimmung genau dasselbe, wie das am vergangenen Samstag. Mit einer Mehrheit von 153 gegen 121 wurden die Kredite für die polnische Völkerbundsvertretung gestrichen. Obwohl noch andere Abschnitte gemacht wurden, ist eine Regierungserklärung ausbleiben. Auch die Kredite des Postministeriums wurden abgelehnt. Es steht bereits jetzt fest, daß Pilsudski die gestrigen Sejmbeschlüsse insofern umgehen will, als er von seinen berechtigten „außerordentlichen Vollmachten“ Gebrauch macht. Die für das Postministerium verbrauchte Summe will er nachträglich durch ein Sondergesetz bewilligen lassen. Mit der Regierungsumbildung, die in absehbarer Zeit zu erwarten ist, will Pilsudski vorläufig warten, da er jetzt beabsichtigt, zuerst eine feste Grundlage zu schaffen.

Frankreich und die Rheinlandfrage.

Garantieforderungen der Annäherungspolitik.

Paris, 15. Febr. Das unter der Leitung des luxemburgischen Säwerindustriellen Meyrieh stehende deutsch-französische Studienkomitee beschäftigt sich eingehend mit der Frage, welche Orientierung der Annäherungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland gegeben werden müßte, um nicht gewisse Reaktionen hervorzurufen, wie sie sich gerade in jüngster Zeit dies- und jenseits des Rheins befunden haben. Der dem genannten Komitee angehörende Publizist Wladimir D'Ormesson faßt im „Temps“ die Meinung der französischen Mitglieder des Studienkomitees über das Hauptproblem, nämlich die Rheinlandfrage, zusammen. Er fürchtet, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Räumungswünsche zu ersten Mißverständnissen, vielleicht sogar unangenehmen Rückwirkungen auf französischer Seite führen könnten. Nach Ansicht derjenigen französischen Persönlichkeiten, die in dem Komitee tonangebenden Einfluß besitzen, sollte auf deutscher Seite alles vermieden werden, was in Frankreich den Eindruck erwecken könnte, daß die deutschen Staatsmänner ununterbrochen und ohne Rücksicht auf bereits erwiesenes Entgegenkommen Frankreichs neue Forderungen geltend machen. Man wisse, so betont D'Ormesson, daß nach Klärung der Räumungsfrage die Ostprobleme, namentlich Korridor, Danzig und Oberschlesien an die Reihe kommen würden. Es sei auch wohl bekannt, welche Absichten Deutschland hinsichtlich der Kolonialfrage verfolge. Dieser gewaltige Komplex von europäischen und außereuropäischen Problemen flöße den französischen Staatsmännern keineswegs Entsetzen ein, doch zeige man an der entscheidenden Stelle des Pariser Kabinetts zunehmende Beforgnis, weil es die deutschen Politiker an vorsichtiger Taktik und an Rücksicht auf die Schwierigkeiten fehlen lassen, denen sich die französische Diplomatie gegenüber gestellt sieht.

Wladimir D'Ormesson, den man als den französischen Wortführer des Komitees bezeichnen kann, richtet an die deutsche Regierung das Eruchen, die Rheinfragen in dilatorischer Weise zu behandeln, um Frankreich die nötige Zeit für die Erfassung seiner Defensivwerke an der Ostgrenze zu lassen. „Im jetzigen Augenblick“, so schreibt er, „ist noch keine Grundlage für die Erörterung der Räumungsfrage vorhanden. Umsonst wird Deutschland die Räumung des besetzten Gebietes nicht erhalten. Es handelt sich darum, durch gemeinschaftliche Anstrengung und Garantien zur Lösung der verschiedenen Probleme die beste Methode zu finden. Uebereilung ist gefährlich, doch die Zeit muß ausgenutzt werden. Ein Widerspruch zwischen der Rheinlandbesetzung und der Thoirzpolitik besteht nicht. Die Thoirzpolitik ist überhaupt eine Erfindung der Zeitungen. Ein schlecht ausgearbeitetes Communiqué spiegelt der Welt eine fändliche Illusion vor.“ Jeder verständige Staatsmann müsse sich sagen, daß in Thoirz nicht eine einzige von den Schwierigkeiten vermindert, geschweige denn beseitigt werden.

Der deutsch-polnische Konflikt.

Polnische Behauptungen.

U. Warschau, 15. Febr. Die amtliche polnische Telegraphenagentur erfährt von zuständiger Stelle, daß die Vertretung der Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen durch die deutsche Regierung mit der Nichtbewilligung der Aufenthaltsgenehmigung für vier deutsche Reichsangehörige in Polen nicht als berechtigt angesehen werden könne. Polen bestreite, Maßnahmen auszuweisen vorgenommen zu haben und behauptet, daß im Gegenteil die deutsche Regierung vor einiger Zeit 250 000 lange in Deutschland ansässige polnische Arbeiter abgeschoben habe.

Eine halbamtliche deutsche Erklärung tritt diesen polnischen Behauptungen entgegen und verweist auf ein schon vor Jahren getroffenes Abkommen mit Polen über die Voraussetzungen, unter denen Ausweisungen erfolgen dürfen. Polen habe sich schon vor Monaten von diesem Abkommen losgelöst, was die verstärkte polnische Tendenz zeige, die noch in Polen befindlichen Reichsdeutschen zu verdrängen. Auf deutscher Seite bestrebe man wie vor der Wunsch, durch eine Verständigung in der Ausweisungsfrage auch bei den Handelsvertragsverhandlungen eine Einigung zu erreichen.

Paris zur Unterbrechung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

U. Paris, 15. Febr. Die Unterbrechung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen wird in hiesigen politischen Kreisen, wie in der Presse lebhaft kommentiert. Man stützt sich dabei fast ausschließlich auf aus polnischer Quelle stammende tendenziöse Meldungen und sucht es so darzustellen, als ob die Reichsregierung nur einen Vorwand gesucht habe, um die Verhandlungen über den Handelsvertrag abzubringen. Besonders in nationalistischen Kreisen stellt man die Deutschausweisungen aus Ostoberschlesien als einen Notwehrakt (1) der polnischen Regierung hin, indem man behauptet, daß die ausgewiesenen Deutschen antipolnische Propaganda getrieben hätten.

Polemik eines deutschen Sejmabgeordneten gegen die polnische Regierung.

U. Warschau, 15. Febr. Bei der Debatte über die jüngste große Rede Bartels in der gestrigen Sejmung ergriff der Vertreter der deutschen Fraktion, Abg. Karau, das Wort. Er erklärte, daß die Deutschen in Polen der in der Bartelschen Rede dargelegten Politik nicht zustimmen könnten. Vor allem würden sie das für ganz Polen einheitliche Verwaltungssystem bekämpfen. Auch sei die deutsche Fraktion gegen die Militarisierung des Landes und besonders der Jugend. Abg. Karau sagte, daß seine Fraktion gegen das Budget stimmen werde.

Als man darauf zur Abstimmung über das Budget in dritter Lesung schritt, erschien plötzlich Pilsudski, der sonst nie an einer Plenarsitzung des Sejms teilgenommen hatte. Von seinem Platz beobachtete er die Abgeordneten, ob sie für oder gegen das Bud-

China gegen Englands Gewaltpolitik.

Landung englischer Truppen in Schanghai.

U. Berlin, 15. Febr. Den Blättern zufolge sind gestern zum ersten Male seit dem Vögeraufstand in Schanghai europäische Truppen gelandet worden. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptstraßen von Schanghai, von den Europäern mit jubelnden Kundgebungen empfangen. Auch die chinesischen Kaufleute begrüßten ihr Erscheinen mit sichtlicher Erleichterung. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Der chinesische Völkerbundsdelegierte gegen Englands China-Politik.

U. Genf, 15. Febr. Der ständige Delegierte Chinas beim Völkerbund übermittelte der Presse eine Erklärung, in der er darauf hinweist, daß Englands Militärpolitik in China der Einschüchterung der Chinesen diene und nicht mit dem Völkerbund im Einklang stehe. Schanghai sei nicht englisches Gebiet. 400 Millionen Chinesen seien sich trotz innerer Zwietracht außenpolitisch einig, daß China endlich den Chinesen gehören müsse. Wenn militärische Komplikationen entstehen sollten, sei Englands Militärpolitik daran schuld.

Eine deutsche China-Erklärung?

U. Berlin, 15. Febr. Wie der Londoner Vertreter der „Voss. Ztg.“ hört, soll die deutsche Botschaft beauftragt worden sein, der englischen Regierung zu erklären, daß alle Gerüchte, als ob Deutschland beabsichtige, die Chinafrage in der Märztagung des Völkerbundes vorzubringen, unwahr seien.

Erdbebenkatastrophe.

U. Berlin, 15. Febr. Wie die „Nachtausgabe“ aus Agram meldet, hat sich gestern früh in der Herzegowina und im südlichen Serbien ein schweres Erdbeben ereignet. In Moster sind die meisten Gebäude eingestürzt. Die Dörfer des Amfelsches sind Ruinen. Bei Serajewo ereignete sich ein riesiger Erderschütterung. Durch die abstürzenden Erdmassen wurden 10 Häuser verschüttet, wobei 12 Personen ums Leben gekommen sind. Von den seismographischen Apparaten in Agram wurden binnen 20 Minuten 19 aufeinanderfolgende Erdstöße verzeichnet. Die telephonische und telegraphische Verbindung mit dem Erdbebengebiet ist unterbrochen, so daß Einzelheiten ausbleiben. Die Zahl der Menschenopfer dürfte jedenfalls recht groß sein.

Der Reichsfinanzminister über seine nächsten Aufgaben.

U. Berlin, 15. Febr. Am Sonntag fand im überfüllten Plenarsaal des preussischen Landtags in Gegenwart des Reichsfinanzministers Dr. Köhler die Einigungsstagung der Reichssteuerbeamten statt, in der die Verschmelzung der deutschen Finanzbeamten und des Bundes Oberer Reichssteuerbeamten mit dem Bunde deutscher Reichssteuerbeamten zu einem einheitlichen Bunde deutscher Reichssteuerbeamten vollzogen wurde. Reichsfinanzminister Dr. Köhler kam in seiner Begrüßungsrede auch auf Finanz- und Steuerfragen zu sprechen. So wie in den letzten Jahren könne es nicht weitergehen. Unsere Finanzämter ständen vor dem Zusammenbruch. Der Minister kündigte entsprechende Maßnahmen schon für die nächsten Tage an. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, daß endlich einmal in die Steuerveranlagung und Erhebung die notwendige Ordnung eintrete. Manches unserer Gesetze sei jetzt derart spezialisiert, daß es nicht mehr richtig durchgeführt werden könne. Hoffentlich würden schon die nächsten Wochen eine fühlbare Entlastung der Finanzämter bringen.

Ein Abänderungsentwurf zum Aufwertungsgesetz.

Ein Entwurf der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen.

U. Berlin, 14. Febr. Die für das ganze deutsche Volk schwerwiegende Frage, ob und nach welcher Richtung hin das Aufwertungsgesetz geändert werden soll, ist dadurch in ein entscheidendes Stadium getreten, daß die juristische Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen, die aus den maßgebenden juristischen Körperschaften gebildet ist, soeben einen Entwurf nebst Begründung zur Änderung des Aufwertungsgesetzes aufgestellt hat. Er ist den gesetzgebenden Körperschaften zugegangen. Die Änderungsvorschläge beschränken sich auf das Gebiet der Hypotheken und großen Schulden und der durch Hypotheken gesicherten persönlichen Forderungen. Der Entwurf ist unterzeichnet vom Vorsitzenden der juristischen Arbeitsgemeinschaft, vom Reichstagsabgeordneten Geheimrat Prof. Dr. Kahl und Staatssekretär Wtlk. Geheimrat Dr. Mügel, der durch seine großen Kommentare zum Aufwertungsgesetz und zur Durchführungsverordnung und zum sonstigen Aufwertungsrecht anerkannten ersten Autorität. Mitunterzeichnet haben die Entwurf maßgebende Vertreter des Reichsgerichts, des Kammergerichts, der Richterschaft und Anwaltschaft. Der Entwurf wird alsbald den Reichstag und die Öffentlichkeit beschäftigen.

Aus den Parteien.

Tagung des demokratischen Parteivorstandes.

U. Berlin, 15. Febr. Der Vorstand der demokratischen Partei trat im Reichstag zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. In der Aussprache wurde von allen Rednern der Genehmigung über das Verhalten der demokratischen Reichstagsfraktion während der letzten Regierungskrise Ausdruck gegeben und das Vorgehen der Reichstagsfraktion einstimmig gebilligt. Die Aussprache beschäftigte sich ferner insbesondere mit kulturpolitischen Fragen sowie mit dem Problem des Einheitsstaates. Auch organisatorische Fragen wurden eingehend behandelt. Der Parteivorstand beschloß, den diesjährigen, in der Zeit vom 21.—24. April stattfindenden Parteitag in Hamburg abzuhalten.

Der Parteiausschuß des Zentrums hinter der Fraktion.

U. Berlin, 15. Febr. Der Reichsparteiausschuß der Zentrumspartei hielt am Sonntag im Reichstag eine Sitzung ab, die außerordentlich stark aus allen Teilen des Reiches besucht war und mehr als 5 Stunden dauerte. Den Vorsitz führte Reichskanzler Dr. Marx. U. a. waren erschienen: Reichsar-

beitsminister Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Köhler und zahlreiche Minister Preußens und anderer Länder. Nach eingehender Aussprache wurde unter starkem Beifall einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Der heute in Berlin tagende Reichsparteiausschuß des deutschen Zentrums billigt die Politik der Zentrumspartei und spricht ihr das Vertrauen aus. Reichskanzler a. D. Wirth, der den Verhandlungen beigewohnt hatte, hat während der Abstimmung den Saal verlassen.

Treviranus über die Beweggründe der deutschnationalen Regierungsbeteiligung.

U. Königsberg, 15. Febr. Im Rahmen der politischen Schulungswoche der Deutschnationalen Volkspartei in Ostpreußen sprach Reichstagsabgeordneter Treviranus über das Thema: „Warum sind wir in die Regierung gegangen?“ Der Redner stellte fest, daß weite Kreise der deutschnationalen Wähler die Regierungsbeteiligung gewünscht haben, daß aber auch die Führer der Partei erkannt haben, daß es nach Lage der Dinge unzweckmäßig sei, sich auf die Kritik zu beschränken. Da die letzte Reichsregierung keine Reigung hatte, die Deutschnationalen in das Kabinett mit aufzunehmen, mußte sie gestürzt werden. Darauf mußte in mühevoller Arbeit dem Zentrum klar gemacht werden, daß es sich zwischen Reichstagsauflösung und Reichskabinett zu entscheiden habe. Treviranus betonte, daß die Deutschnationalen bei ihrem Eintritt in die Regierung keinen Kaufpreis für irgendwelche geheimen Abmachungen, z. B. in der Frage des Konkordats, gezahlt haben. Für die Deutschnationalen sei es als Regierungspartei selbstverständlich, die Symbole der gegenwärtigen Staatsform zu achten und zu schützen, jedoch verlangten sie den gleichen Schutz für die Symbole der Vergangenheit und geschichtliche Persönlichkeiten. Zur Außenpolitik übergehend bemerkte der Redner, daß es den Deutschnationalen nicht leicht geworden sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Mitverantwortung für die Außenpolitik zu übernehmen. Da sich die Reichstagsfraktion aber einstimmig hinter den Parteivorstand gestellt habe, müsse die Partei jetzt die Verantwortung für die künftige Außenpolitik auf der Grundlage der nun einmal bestehenden Rechtsverhältnisse tragen. Zum Schluß wies Treviranus darauf hin, daß die neue Reichsregierung außenpolitisch an Stärke gewonnen habe und in ihrer ganzen Zusammensetzung auch einen großen Teil der deutschen Arbeiterklasse mitvertrete. Die neue Regierung sei in den Sattel gehoben und sie werde versuchen, im Sattel zu bleiben, dazu sei aber vor allem das Vertrauen der deutschnationalen Wählerschaft notwendig.

Kleine politische Nachrichten.

Eine historische Reichskommission. Staatssekretär Dr. Sewald begründet in der D. N. Z. die Notwendigkeit der Gründung einer historischen Reichskommission. Er spricht die Hoffnung aus, daß bei der Beratung des Haushaltes des Reichsinnenministeriums die Erweiterung der historischen Kommission für das Reichsarchiv in eine historische Reichskommission ermöglicht wird.

Besserstellung der Altbesitzer von Reichsanleihe. Im Reichstag ist folgender Antrag der demokratischen Abgeordneten v. Richtigshofen, Koch und der Fraktion eingebracht worden: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den im Wege einer sofort unverbindlichen Umtauschanleihe oder auf andere geeignete Weise die Altbesitzer von Reichsanleihen anstelle von Ablösungsschuld und Auslösungsrecht in den Besitz eines Wertpapiers gebracht werden, dessen Wert mindestens einer 12prozentigen Aufwertung entspricht und das eine mindestens 5prozentige Verzinsung vorzieht.

Frankreich u. Eupen-Malmédy. Von offiz. Seite wird das von einigen belgischen Blättern verbreitete Gerücht dementiert, wonach die ablehnende Haltung der belgischen Regierung in der Frage einer neuen Volksabstimmung in Eupen und Malmédy auf französischen Einfluß zurückgehe.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat.

Die Beratungen des Verfassungsausschusses abgeschlossen.

U. Berlin, 15. Febr. Der Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beendete seine Beratungen über die Gesetzentwürfe betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsrat. In fast allen wirtschaftlichen Fragen ist trotz der anfänglich vorhandenen Gegenätze eine Verständigung erzielt worden. Eine wichtige Rolle in den Verhandlungen spielte auch diesmal wieder die grundsätzliche Frage, ob die endgültige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates unabhängig von der Frage des Unterbaues, also der Frage der Schaffung der Bezirkswirtschaftsräte und der Frage der Schaffung von Arbeitnehmervertretungen, in oder neben den bestehenden Handels-, Handwerks- oder Landwirtschaftskammern gelöst werden könne. Man einigte sich in der zweiten Lesung gegen eine Stimme auf folgende Entschliebung:

„Unter Hinweis auf die Vorarbeiten seines Verfassungsausschusses ersucht der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung, alsbald die Frage zu prüfen, auf welchem Wege die Büden, die zur Zeit noch in der Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung bestehen, geschlossen werden können. Insbesondere wird vorgeschlagen, soweit nicht innerhalb der vorhandenen öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen das Zusammenwirken von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern sichergestellt wird, neben und in Verbindung mit ihnen öffentlich-rechtliche Organe vorgesehn, in denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter die gemeinsamen Fragen auf Grund gemeinsamer Beratung vom sachlich-regionalen Standpunkte behandeln. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat erwartet, daß entsprechende Gesetzentwürfe dem endgültigen Reichswirtschaftsrat unverzüglich vorgelegt werden.“

Im übrigen folgte der Ausschuß im großen und ganzen den Grundgedanken des auf den früheren Beschlüssen des Verfassungsausschusses aufgebauten Regierungsentwurfes. Insbesondere ist es dabei geblieben, daß der Reichswirtschaftsrat wie bisher oberstes Gutachterorgan für die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften bleiben und keine legislativen Rechte erhalten soll. Auch die Einrichtung der nichtständigen Mitgliedschaft, die die Hinzuziehung der besten im Reiche vorhandenen Sachkennner ermöglichen soll, wurde ebenso wie die Bestimmungen über das Enquete-Recht des Reichswirtschaftsrates einmütig gutgeheißen. Die Zahl der Mitglieder soll nach den Beschlüssen des Verfassungsausschusses, der sich mit Recht die möglichste Beschränkung gegenüber den zahlreichen Wünschen der verschiedenen Interessenten auferlegte, 144 betragen. Es ist die Zahl, die sich schon, wenn auch in anderer Gliederung, bei den früheren Verhandlungen über den ersten Referententwurf ergeben hatte. Es entfallen davon je 48 auf jede der drei Abteilungen.

In der Arbeitgeber-Abteilung soll erhalten: Die Landwirtschaft 12 Vertreter, die Industrie 12 Vertreter, das Handwerk 6 Vertreter, der Handel 7 Vertreter, die Banken und das Privatversicherungswesen 5 Vertreter, der Verkehr und die Fischerei 6 Vertreter. Die gleiche Gesamtzahl hat die Arbeitnehmerabteilung.

In der Abteilung 3 erscheinen: Die Kommunalvertreter mit 10, die Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten mit zusammen 3, die Vertreter der Konsumgenossenschaften und Hausfrauen mit zusammen 5, die Vertreter des landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaftswesens mit zusammen 4, die Vertreter der Tagespresse mit 2, die Vertreter der Beamtenschaft mit 2, die Vertreter der freien Berufe mit 3. Vom Reichsrat waren neun Mitglieder und von der Reichsregierung ebenfalls neun Mitglieder, außerdem ein Vertreter des Auslandsdeutschtums vorgesehen.

Nachdem der Verfassungsausschuß nunmehr seine Arbeiten beendet hat, werden die Entwürfe voraussichtlich demnächst dem Reichsrat und sodann dem Reichstag zugehen.

Rose Ferrons erste Liebe und Ehe

Familienroman von Liesbet Dill.

Copyright by Maria Feuchtwanger, Halle a. d. S.

Rose sah in den dämmerigen Garten und schwieg.
„Stört Sie die Zigarette?“
„Bitte, gar nicht, es ist ganz gut. Ich meine der Schnaken wegen.“
„Was werden Sie nun anfangen?“ sagte sie.
„Ich gehe in drei Tagen wieder nach Berlin in das Krankenhaus am Urban.“
„Warum gerade dorthin?“
„Um mich in der Chirurgie auszubilden, bei meinem früheren Universitätslehrer.“
„Sie wollen Chirurg werden?“ Ein leiser Schauer lief ihr über den Nacken. Von Chirurgen wußte sie, daß sie lange weiße Kittel trugen und große, blinkende und scharfgeschliffene Instrumente in den Händen hatten, mit denen sie mitleidslos in die Körper der Verwundeten schnitten.
Sie betrachtete ihn, während er, etwas vorgebeugt, den Arm auf das Geländer gestützt, in den Garten schaute. Er war so dicht an den Schornstein gerückt wie möglich, um recht viel Raum zwischen sich und ihr zu lassen, die Hand, welche die Zigarette hielt, hing lässig über dem Geländer.

Sein hellblonder, kurzgeschorener Kopf war mit schmalen Haaren und breiten, frischvernarbten Schmissen bedeckt.
„Ich habe niemals gedacht, daß Sie nun ein richtiger Doktor werden würden“, sagte sie auf einmal. „Halten Sie denn diesen Beruf für standesgemäß?“
„Ich halte jeden Beruf, den ich ausfülle, für standesgemäß“, antwortete er in demselben Ton.
„Früher dachten Sie anders.“
„Ich habe eben meine Weltanschauung geändert.“
„Malkhan ist bei der seinen geblieben.“
„Kann sein. Mein Freund Malkhan und ich sind überhaupt etwas auseinander geraten in unseren Anschauungen. Wenn ich an Kommiß denke, rieche ich Kasernen — und wenn er sich einen Mediziner vorstellt, sieht er die Nachschelle.“
„Unterschätzen Sie Ihren Freund nicht“, fuhr sie spöttisch fort. „Er hat eine große Gabe, nämlich die prophetische.“
„Jobst schwieg. Er betrachtete die schmalen, kleinen Füße in den hellen Schuhen. „Und diese Prophezeiungen gehen sogar in Erfüllung.“
„Ah!“
Es war etwas in seinem Ton, das sie reizte, und sie fuhr mit gespielter Ueberlegenheit fort: „Er hat mir nämlich meine Verlobung vorausgesagt.“
„Brauchte man dazu Prophetengabe?“ sagte Gessattel, und rauchte.
Sie runzelte die Stirn. „Nun, Sie hätten mir das doch nie vorausgesagt?“
„Ich hatte ja nicht den Vorzug, in Ihrer Nähe zu leben...“
„Haben Sie nie an diese Möglichkeit gedacht?“
„An welche Möglichkeit?“

„Nun, was einmal aus mir werden würde?“
Er befaß sich einen Augenblick.
„Nein.“
„Sie haben wohl überhaupt nicht über mich nachgedacht?“ fuhr sie fort.
„Offen gestanden, nein.“
„Auch früher nicht?“
„Früher? Doch, da dachte ich allerlei, dachte auch sogar nach.“
„Ueber mich?“
„Ich dachte, ob Sie wohl in die Fußstapfen Ihrer Frau Mama treten würden.“
„Und das hielten Sie nicht für gut?“
„Darüber habe ich mir nie ein Urteil erlaubt“, sagte Gessattel.
Rose saß eine Weile schweigend, in Gedanken versunken, dann richtete sie sich auf und strich sich das lockige Haar aus der Stirn.
„Ich muß Sie um einen Rat fragen“, sagte sie plötzlich. „Ich habe etwas getan, was ich — bereue. Ist es noch Zeit, — es — gutzumachen? — Sie werden mir die Wahrheit sagen, nicht wahr? Ich habe es getan aus Uebermut, aus Eitelkeit, ich weiß es nicht, weshalb. Nun tut's mir leid. Ich hab's den ganzen Tag gefühlt, daß es ein Unrecht war, jetzt kommt's mir vor wie eine schwere Sünde.“
„Um Gottes willen, Rose!“ Gessattel warf die Zigarette in die Tiefe. Er betrachtete sie.
Sie hatte das Kinn in die Hand gestützt und sah vor sich hin. „Ich war wie in einem Traum, ich möchte sagen, wie in Hypnose, es ist doch Hypnose, wenn man das tut, was man eigentlich selbst nicht will.“

(Fortsetzung folgt.)

Vom Landtag.

Im Landtag wurde am Samstag die Beratung der Vermögensgesetz zur Landessteuerordnung und zum Gemeindefeuergesetz beendet. Bei der Landessteuerordnung gab es eine längere Debatte über den sog. Antrag, für die Arbeiterwohn-gemeinde Bödingen aus Mitteln des Ausgleichsstocks für das Rechnungsjahr 1926 bis 1927 300 000 M. zu bewilligen. Der Antragsteller Hornung sagte, wenn die Summe nicht bewilligt werde, bleibe der Stadt Bödingen nichts anderes übrig, als den Antrag auf Zwangseingebung nach Heilbronn zu stellen. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, zur Unterstützung der Arbeiterwohn-gemeinde diene nicht nur der Ausgleichsstock. Man habe bei der Berechnung der Schlüsselanteile noch besondere Zuschläge eingeführt. Die Verhältnisse in Bödingen seien besonderer Art und dürften nicht verallgemeinert werden. Ein Steuergesetz könne nicht dazu dienen, die unhaltbaren Zustände einer einzelnen Gemeinde in Ordnung zu bringen. Man wolle Bödingen helfen, aber nicht durch gesetzliche Regelung. Die Mittel des Ausgleichsstocks würden vom Steuerverteilungsaus-schuss individuell ausgeben. Das sei eine Aufgabe der inneren Verwaltung. Der Antrag Hornung wurde schließlich mit 22 gegen 29 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Im übrigen wurden die einzelnen Artikel der Landessteuerordnung nach den Ausschlußanträgen angenommen und verschiedene Ab-änderungsanträge abgelehnt. Das gleiche war beim Gemeindefeuergesetz der Fall. Bei der 3. Lesung des Landessteuergesetzes wurde eine sog. Entscheidung betr. Übergangsregelung des Finanzausgleichs mit dem Ziele, den Anteil der Gemeinden an den überwiegenen Reichsteuern zu erhöhen und eine Verminderung ihrer Schul-, Polizei- und Soziallasten vorzunehmen, mit 33 gegen 29 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. In der Schlusssitzung wurde die Landessteuerordnung gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, das Gemeindefeuergesetz gegen die Stimmen der Soz. und Komm. angenommen.

Präsident Körner erhielt die Ermächtigung, den Landtag wieder einzuberufen, sobald weitere Regierungsvorlagen eingegangen sind.

Kleine Landtagsanträge.

Die Abgg. Hermann, Gengler, Strahl und Gen. (3.) haben folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: „In letzter Zeit haben die Finanzämter die Vermögenssteuerbescheide für 1925 und 1926 hinausgegeben. Damit sind die Zahlungen für zwei Jahre fällig. Außerdem ist für 1927 die Vorauszahlung für das erste Viertel zu leisten. Es ergibt sich somit für die verschiedenen Wirtschaftsklassen der Bevölkerung die Notwendigkeit, in einem Zug zum Teil große Summen bezahlen zu müssen. Ist das Staatsministerium bereit, bei den zuständigen Stellen darauf hinzuwirken, daß in den Fällen, wo die wirtschaftliche Lage des Steuerpflichtigen dies erfordert, Teilzahlungen gestattet werden bezw. Stundung erteilt wird?“

Von Abg. Schlumpberger (Wkt.) wird gefragt: Von einem Handwerker ist mir mitgeteilt worden, daß vom Landesgewerbeamt für die Teilnehmer an den von ihm veranstalteten Fachkursen im Gegenjag zu früher ansehnliche Kursgelder erhoben werden. Die Bezahlung dieser Kursgelder fällt manchem Handwerker neben den sonstigen Ankosten für die Teilnahme an diesen Kursen schwer. Ist das Staatsministerium bereit, künftig für die vom Landesgewerbeamt veranstalteten Fachkurse von der Festsetzung eines Kursgeldes abzustehen und bedürftigen Handwerklern durch Gewährung von Unterstützungsbeiträgen den Besuch dieser Fachkurse zu erleichtern?

Aus Stadt und Land.

Calw, den 15. Februar 1927.

Die 5 prozentige Reichsanleihe überzeichnet.

Wie der Deutsche Handelsdienst von der Reichsbankverwaltung erfährt, ist die 5 prozentige Reichsanleihe von 1927 überzeichnet worden. Die Zuteilung wird derart geregelt, daß auf Zeichnungen mit Sperrverpflichtung Vorrang zuteilung erfolgt, während bei den freien Zeichnungen nur die Beiträge bis zu 1000 Reichsmark voll berücksichtigt werden, die den Betrag von 1000 Reichsmark übersteigenden freien Zeichnungen werden eine Zuteilung von etwa 70 Prozent erfahren. Bekanntlich sind 200 Millionen Reichsmark der neuen Reichsanleihe von vornherein fest von einem Bankenkonzern übernommen worden. Mehr ist also auch die Unterbringung der übrigen 300 Millionen Reichsmark dank dem günstigen Zeichnungsergebnis gesichert.

Vom Rathaus Bad Liebenzell.

Am 10. Februar fand unter dem Vorsitz des A. B. Sauter eine Sitzung des Gemeinderates statt. Zu Beginn derselben erläuterte Gartenarchitekt Bilienstein die von ihm gefertigten Pläne zur Anlage-Anpflanzung der Kuranlagen-erweiterung. Es fanden durchweg den Beifall des Gemeinderates. Ueber die Ausführung wird später beraten werden. — Dem Jungfrauenverein, der am 13. März d. J. sein 25jähriges Jubiläum feiert, wird der Kurjaal zu einer gemeinsamen Feier mit der Gemeinde zur Verfügung gestellt, und ihm eine Ehrengabe bewilligt. — Dem Wilhelm Niempp hier wird der Bauplatz Nr. 2 an der Hindenburgstraße zu den seitherigen Bedingungen überlassen. Für die Neubauten des J. Geigle und W. Niempp, sowie für den Wohnungsaufbau des Otto Kagenmaier und die Wohnungseinbauten des Gottlieb Krauß übernimmt die Gemeinde die Bürgschaft der Baubauverpflichtung gegenüber. Bei Ausführung der geplanten Bauten würden 8 neue Wohnungen geschaffen, so daß der Wohnungsmarkt we-

sentlich entlastet würde. — Anlässlich des 100. Geburtstag des großen Schulmannes Pestalozzi veranstaltet die Volksschule eine gemeinsame Gedenkfeier. Auf Antrag des Schulpflichtigen des Gemeinderats die Anschaffung eines Schulbundes und für jeden Schüler eine Pestalozzi-Ansichtskarte. — Hans Hahn, Autogeschäft, beabsichtigt die Errichtung einer Autolinie Bad Liebenzell-Weilberstadt. Die Linie soll in erster Linie dem Autobesitzer Müllingen-Weilberstadt dienen. Der Wagen soll hier so frühzeitig abfahren, daß in Weilberstadt der Anschluß an den 1. Zug in Stuttgart erreicht wird. Der Gemeinderat hat keine Bedenken gegen das geplante Unternehmen zu erheben. — Stadtpfleger Stepler erstattet Bericht über die Fahrplankonferenz in Pforzheim. Danach wird im kommenden Sommer im großen Ganzen der Fahrplan des vergangenen Jahres mit einigen Verbesserungen durchgeführt werden, insbesondere werden die Saison Schnellzüge und die Sitzzüge wieder verkehren. Zur Verbesserung der Verbindung mit Calw im kommenden Winter wird der Güterzug mit Personenbeförderung, der seither kurz vor 8 Uhr vormittags hier wegfährt, um so viel früher gelegt werden, daß er um 7.45 Uhr in Calw eintrifft. Damit ist die langersehnte Schülerbeförderung bis zum Eintreffen der Triebwagen gelöst. Auch besteht große Aussicht, daß der Abendzug Calw ab 6.02 Bad Liebenzell an 6.20 über den Winter beibehalten wird, so daß der Mißstand, daß von 2.45 Uhr bis 7.45 Uhr kein Zug von Calw hier eintrifft, behoben sein wird. Eine entsprechende Eingabe wird gemeinsam mit der Handelskammer Calw an die Reichsbahndirektion Stuttgart eingereicht werden.

Generalversammlung der Viehzüchtersgenossenschaft Calw.

Am Mittwoch, den 9. ds. Mts., fand in Calw die Generalversammlung der Viehzüchtersgenossenschaft statt, die leider nur schwach besucht war. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Oekonomierat Böhrer, erstattete derselbe den Geschäfts- und Kassensbericht für 1926. Hierbei hob er besonders die Errichtung der Tierzuchtstation Herrenberg, der Fahrenhaltungsgenossenschaft Liebelberg-Dedenspfromm und die Abhaltung der Jungviehpriämierung in Dedenspfromm hervor. Nach Entlastung des Kassiers hielt Tierzuchtinspektor Dr. Walter in Herrenberg einen recht lehrreichen und leichtverständlichen Vortrag über die geordnete Zuchtbuchführung, ihren Zweck und Ziel. Einleitend besprach er dabei den Zweck der Viehzüchtersgenossenschaften, die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder, um dann zur eigentlichen Zuchtbuchführung überzugehen. Der Zweck der Rörung der Züchtere und der frühzeitigen Zeichnung der Kälber mit der Mutternummer wurde eingehend erörtert. Die Kälberohrmarke ist keine Verbezeichnung, sondern nur eine Kennzeichnung. Die Buchführung muß ebenso wie jede andere Buchführung genau und zuverlässig sein. Nur ein einwandfreier, lückenloser Abstammungsnachweis, für den Gewähr geleistet werden kann, ist von Wert. Von Wichtigkeit ist das Zuchtziel. Hier gilt es, nach Möglichkeit die vorhandenen Bestände zu verbessern und sie wirtschaftlich zu gestalten. Voraussetzung für das Gelingen ist Interesse und Mitarbeit der Mitglieder, nur dann kann das gesteckte Ziel erreicht werden. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich außer dem Vorsitzenden die Herren Ulrich Hanselmann und Fritzsche Braun Liebelberg, Schultheiß Prof. Oberhaugstet und Schultheiß Braun-Dedenspfromm. Nach Aufstellung des Arbeitsprogramms für 1927 und Vornahme der Ausschusswahlen konnte die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Der Hochdruck liegt immer noch über Mitteleuropa. Unter seiner Wirkung ist für Mittwoch und Donnerstag trockenes, vorwiegend heiteres Wetter zu erwarten.

*

Gehlingen, 14. Febr. Am Sonntag hatte die hiesige Sportvereinsvereinigung Mitglieder und Freunde zu einem Unterhaltungsabend eingeladen. Theateraufführungen und anderweitige unterhaltende Vorträge stellten der Vereinsleitung wie den Mitwirkenden ein vorzügliches Zeugnis für die Gestaltung des sportlichen und kameradschaftlichen Vereinslebens aus, sodaß man dem jungen Verein einen weiteren Zuwachs an jungen Männern nur gönnen kann.

SCB Dödingen, 14. Febr. Bei der am Samstag vorgenommenen Ortsvorsteherwahl haben von 281 Wahlberechtigten 199 abgestimmt. Von 198 gültigen Stimmen fielen 186 auf Schultheiß Baur in Dödingen, der somit als gewählt anzusehen ist.

SCB Stuttgart, 14. Febr. Am Sonntagabend starb hier im Alter von 78 Jahren Oberst a. D. von Schraibschon-Seubert. Der Verstorbene hat den Krieg 1870/71 beim Grenadierregiment Königin Olga mitgemacht, in dem er auch den größten Teil seiner Dienstzeit verbrachte. Vor dem Krieg war er in seiner letzten Dienststellung Bezirkskommandeur in Calw. Während des Krieges war er Kommandeur des Ersatzbataillons des Grenadierregiments in Stuttgart. Der Verstorbene erfreute sich in militärischen Kreisen großer Beliebtheit.

SCB Vom Bodensee, 14. Febr. Infolge der anhaltenden Kälte sind weite Strecken des Untersees spiegelglatt zugefroren.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden	169,08
100 franz. Franken	16,62
100 schweiz. Franken	81,24

Börsenbericht.

Auch am Montag lag die Börse recht still, doch konnten sich die Kurse teilweise etwas erhöhen.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern & B.

R.C. Berliner Produktenbörse vom 14. Februar.

Weizen märk. 264-268; Roggen märk. 249-252; Gerste 215 bis 243; dto. 194-207; Hafer märk. 190-200; Mais loco Berlin 188-190; Weizenmehl 35-37.50; Roggenmehl 34.40-36.50; Weizenkleie 15.50; Roggenkleie 15-15.25; Wicken 24-24.50;

blaue Lupinen 14.75-15.50; gelbe 16.50-17; Seradella 23 bis 26; Rapstüben 16-16.10; Leinkuchen 20.70-21; Trodenkühnel 11.35-11.70; Sojabohnen 19.85-20.30; Kartoffelstoden 28.80 bis 29.10; Speisekartoffeln weiße 3.50-3.80; rote 4-4.50; gelbfleischige 4.50-4.80; Tendenz: stetig.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Börse. Die Börse lag in der vergangenen Woche schwach und zeigte großes Entlastungsbedürfnis. Nach der langen Kaufperiode folgten wieder Abgaben, die Anfangs zwar nicht erheblich waren, sich aber später verstärkten. Das Kursniveau wurde dann durch Vorstöße der Baifsepartei empfindlich gedrückt. Zeitweilig schien allerdings eine erneut auflodernde, zum Teil auf Deckungen zurückzuführende Bewegung in einigen hochspekulativen Werten allgemein Anregung zu geben, doch brückten bald wieder die rasch einsetzenden Realisationen der Kurse. Die Käufer rührten hauptsächlich aus dem Rheinland her. Die Spekulation trat aber nur als Mitläuferin auf und ging meist mit ansehnlichen Tagesgewinnen bald wieder aus den unvorhergesehenen Werten heraus. Die Kurse zeigte große Zurückhaltung, insbesondere im Hinblick auf den bis jetzt als unbefriedigend angesehenen Emissionsverlauf der 5prozentigen deutschen Reichsanleihe. Am Bankenmarkt bröckelten die Kurse meist ab, da hier naturgemäß die Angelegenheit der Reichsanleihezeichnung am meisten verstimmt. Am Schiffahrtsmarkt waren die Umsätze geringfügig. Elektrowerte und chemische Aktien lagen ebenfalls lustlos. Dagegen war der Montanmarkt etwas erholt. Auch heimische Renten lagen etwas fester.

Geldmarkt. In der Flüssigkeit der Geldlage hat sich nichts geändert. Tagesgeld ist erleichtert zu 4-5, Monatsgeld zu 5,5-6,5 Prozent zu haben. Am Privatdiskontmarkt bleiben beide Sichten unverändert 4 1/2 Prozent. Es herrscht aber starke Ungelegenheit über die Wirkung der Begebung der Reichsanleihe. Der Gegenwert der zur Zeichnung gelangenden 500 Millionen Mark ist von den Konforten am 21. Februar voll einzuzahlen. Die Zahlung für die von den öffentlichen Kassen übernommenen 200 Millionen Mark erheischt gleichfalls umfangreiche Gelddispositionen. Inwiefern die Begleichung eines Betrags von einer halben Milliarde Mark die Befassung des Marktes beeinflussen wird, ist eine schwer zu entscheidende Frage. Am letzten Ultimo hat sich gezeigt, daß die Aufrechterhaltung des Lombardfußes auf 7 Prozent keineswegs die beabsichtigte Wirkung einer Rückdrängung der Lombardansprüche gehabt hat. Der höhere Zinssfuß fällt über die wenigen Tage über Ultimo kaum ins Gewicht.

Produktenmarkt. Auf den Getreidemärkten hielt sich das Geschäft noch in engen Grenzen. Die Stimmung war etwas freundlicher infolge der höheren amerikanischen Notierungen. Auch das Angebot aus dem Ausland war größer. Zu einer allgemeinen Besserung ist es aber noch nicht gekommen. Auf den Hopfenmärkten war die Stimmung unverändert fest. An der Stuttgarter Landesproduktionsbörse wurden für Heu 8 (+ 1/4) und für Stroh 4 1/2 (+ 1/4) Mark pro Doppelzentner bezahlt. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 270 (-2), Roggen 250 (-6), Wintergerste 207 (unv.), Sommergerste 244 (-1), Hafer 200 (unv.) Mark pro Tonne und Mehl 37 3/4 (-1/4) Mark pro Doppelzentner.

Baumwollmarkt. Das weitere Ansteigen der Baumwollpreise hatte ein neuerliches Anziehen der Preise für Garne und Gewebe zur Folge. Die Gesamtanlage der Textilwirtschaft ist befriedigend. Die feste Preisentendenz auf den wichtigsten Rohstoffmärkten stärkte die Kaufkraft. Dagegen ist die Preisentwicklung auf den Metallmärkten in einem ständigen Rückgang. Am stärksten trat dies in Erscheinung bei Kupfer, Blei und Zinn. Diese Entwicklung ist auf die großen Mißverhältnisse zwischen Produktion und Verbrauch zurückzuführen. Auf den Häuteauktionen waren die Preise höher.

Viehmarkt. Die Schlachtviehmärkte bekundeten für Großvieh allgemein wenig Interesse. Lebhafter war das Geschäft auf den Kälbermärkten. Auch die Schweinemärkte hatten regen Umsatz. Die Preise sind aber wenig verändert.

Holzmarkt. Auch in verg. Woche hat sich das Steigen der Rundholzpreise fortgesetzt. Die Beteiligung der Käuferschaft war gut, die Kaufkraft rege. Die Zunahme der Käufer-schichten und das Zurückgehen des Angebots macht sich stark fühlbar.

Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Gesellschaft nur die pressegesetzliche Verantwortung.

Mehr Rücksichtnahme im öffentlichen Verkehr!

Am Sonntagabend war es beim Herrenberger Verkehrsauto in Stammheim sehr unterhaltend! Der Wagen war überfüllt und viele, die gerne mitgefahren wären, mußten zurückbleiben. Um fider einen Platz für ihre Schwester zu ergahen, hatte sich eine Dame einen ganz netten Pian zurecht gemacht. Sie stieg vorn beim Führer ein und belegte einen Sitzplatz. Nachdem dieses geschehen, wehrte sie den andern Leuten das Einsteigen. Ein Herr mit seiner Frau kimmerte sich aber nicht darum und stieg ebenfalls ein. Die Dame erklärte nun einfach, daß dieser Platz, auf dem sie sitze, ihrer Schwester gehöre und der Herr gehen könne wie er sich zurechtfinde. Inzwischen war aber das Frä. Schwester im hintern Teil des Wagens eingestiegen. Statt sich nun einen halbwegs annehmbaren Abgang zu sichern bestand die Dame aber darauf, daß ihre Schwester wieder ausstieg um den von ihr „reservierten“ Platz einzunehmen. Bei der nun folgenden allgemeinen Platzveränderung (wobei nicht gerade Schmelz-namen fielen) kam aber die Dame unter den Schlitten. Sie kam zum Auto hinaus und ihre Schwester nicht herein. Es soll dabei nicht gesagt sein, daß sich der Herr wie ein Kavaliere benommen hat. Vor dem Auto gab es dann noch eine gewaltige Auseinandersetzung, bis der Autobesitzer einschritt und dem Wagenführer das Zeichen zur Abfahrt gab. Allen Reisenden hat dieser Fall gezeigt, wie man sich beim Fahren mit einem Verkehrsauto nicht benehmen soll. Vor allem keine Plätze belegen wenn nicht alle Reisenden unterkommen können, und dann sollen die Herren den Damen gegenüber mehr Rücksicht nehmen.



Blutungen

stillt Chinosol. Versuchspackung 60 Pf. in allen Apotheken und Drogerien.

Alle Packungen sind bestimmt vorrätig in der Ritter-Drogerie.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Prüfung in Kurz- und Maschinenschrift
 Am Samstag, den 19. März vorm. 9 Uhr hält die Handelskammer Calw erstmals für ihren Bezirk eine Prüfung in Kurz- und Maschinenschrift ab. Sie gibt damit den Teilnehmern Gelegenheit, sich ein amtliches Zeugnis in diesem für Kaufleute wichtigen Sondergebiet zu erwerben. Prüfungsfähigkeit und -Ordnung kann bei der Handelskammer angefordert werden.
 Meldungen, deren Eingang bestätigt wird, sind bis spätestens 1. März d. J. an die Handelskammer Calw zu richten.

Prüfungsamt der Handelskammer Calw.

Ostelsheim.



Nadelstammholzverkauf.

Am Montag, den 21. Februar 1927, nachmittags 5 1/2 Uhr kommen auf dem hiesigen Rathaus aus dem Gemeindewald Säglesgrund und Säglesweg im öffentlichen Aufstreich

6 Lose Nadelstammholz mit zusammen 173,78 Fm.

zum Verkauf und zwar:

1. Langholz

I. Klasse 19,92 Fm., II. Klasse 78,83 Fm., III. Klasse 48,68 Fm., IV. Klasse 13,60 Fm., V. Klasse 6,18 Fm.,

2. Sägholz

I. Klasse 2,24 Fm., II. Klasse 3,51 Fm., III. Klasse 0,82 Fm.,

Liebhaber sind freundlichst eingeladen. Bedingungen und Losverzeichnisse durch das hiesige Schultheißenamt.

14. Februar 1927.

Gemeinderat.

Altensteig.

Bekanntmachung.

Der am 16. ds. Mts. hier fällige



Vieh- und Schweinemarkt



wird abgehalten.

Altensteig, den 12. Februar 1927

Stadtschultheißenamt: Pfizenmaier.

Posamenten:

Franzen, Schnüre, Quasten für Möbel, Vorhänge, Tischdecken Lampenschirmseide

Emil Feil, Stuttgart

Eberhardstraße 55. Filiale

Frau Karl Eberhard Calw beim Waghäusle

Mittwoch, den 16. Februar, von vormittags 8 Uhr, steht in unserer Stallung

in Calw im „Löwen“ ein sehr großer Transport

erstklassiger starker junger



Milchtühe, schwerer hoch-trächtiger

Raubinnen, schöne starke Zug-Stiere und Lern-Stiere

(auch paarweise) sowie

schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladen

Rubin und Max Löwengart.

Die beste Schuh-Creme merk es Dir, ist

KAVALIER

FABRIK UNION AUGSBURG.

Würzburg, den 13. Februar 1927.

Todes-Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unser lieber Bruder und Onkel

Matthäus Pfommer

heute Sonntag Nachmittag nach kurzer Krankheit im Alter von nahezu 79 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:
 die Brüder Michael Pfommer und Johann Georg Pfommer, die Schwester Anna Maria Burkhardt geb. Pfommer mit ihren Angehörigen.

Beerdigung Mittwoch vormittag 11 Uhr.

Sommenhardt.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhaus-Neubau des Herrn Joh. G. Niethammer, Landwirt, sind die

Beton-Maurerarbeiten (ohne Materiallieferung), Glaser- und Glasarbeiten

im Preislistenverfahren zu vergeben. Pläne, Arbeitsbeschreibungen und Bedingungen sind bei dem Unterzeichneten zur Einsicht aufgelegt und wollen Angebote bis spätestens Samstag, 19. ds. Mts., nachm. 3 Uhr, beim Bauherrn abgegeben werden. Die Wahl unter den Bewerbern bleibt sich vorbehalten. Zuschlagsfrist 3 Tage.

Bad Teinach, den 14. Februar 1927.

Der beauftragte Architekt: Böll, Baumeister.

Großer Posten



Reste ist eingetroffen in Waschamt, Wollmouffeline, Blau- u. Buntdruck, Möbelcrepp, gestr. Hemden-Flanell, Schirting f. Kleider, Blusen, Schürzen, Rissen usw. geeignet. Einige Stückware in Wollecrepp einfarbig u. gemustert weit unter Preis empfehlen

Geschw. Stanger, Ob. Marktstraße 23.

LEINENHAUS & WÄSCHEFABRIK S. SIGMANN PFORZHEIM

ECKE LEOPOLD- u. ZERRENHERSTR.



Herstellung vollständiger Braut-Ausstattungen zweckmäßige Zusammenstellung gediegene u. geschmackvolle Ausführung Verwendung bester bewährter Stoffe Angebote auf Wunsch in jeder Preislage.

W. Forstamt Hirsau. Schichtberholzverkauf.

Am Freitag, den 18. Febr. 1927, vorm. 10 Uhr in Hirsau im „Löwen“ aus Staatswald Ottenbronner Berg Anteilg. Erlaubnis, Pflanz-Schule, Kaiserwand, Welzberg, Steigwand, Kirchenweg, Priemenhau, Tann; Altburgerberg Abt. Hoher Stein, Badwald, Eßelschmiede; Lügenhardt Anteilg. Brandhalbe, Kohlberg, Kohlmittel: rm: Nadelholz: Papierholz entrinde: 4 l., 63 ll., 3 III. Kl.; Weisje 2,05 m lg.: 51, 1 m lg.: 4; 1 Schr., 160 Prgl., 120 Anbr.

Losverzeichn. durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr

Frauenbesprechungsabend

im Vereinshaus (Bachzimmer) Evang. Volksbund.



Trinkt

Meßmer-Kaffee

Marke:

Haushalt

1/2 Pf. 90 | 1/2 Pf. 180 Pak. 2 | Pak. 1

Frauenlob

1/2 Pf. 100 | 1/2 Pf. 200 Paket 1 | Paket 2

Baden-Baden

1/2 Pf. 110 | 1/2 Pf. 220 Paket 1 | Paket 2

Ferner

stets frisch gerösteter offener Kaffee

1/2 Pfund

von 65 an



Wir haben den

Wäsche-Schablonen

Verkauf von Frau Gengenbach Ww. übernommen u. empfehlen ein gut sortiertes Lager in Aussteuerfädeln, Einzelmonogrammen und Buchstaben etc.

Geschw. Stanger, Ob. Marktstraße 23.

Friedrich Adrion Metzger

Emilie Adrion geb. Binder

Vermählte

Liebelsberg

Rutesheim

Oberlengenhardt - Malsenbach.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 19. Febr. 1927 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Schne“ in Oberlengenhardt freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Ludwig Schneller

Sohn des Ludwig Schneller, Waldschütz in Oberlengenhardt

Maria Rittmann

Tochter des Joh. Georg Rittmann in Malsenbach Kirchgang 1 Uhr in Schömberg.

Für Konfirmation

empfehle

Samt-Kleider sowie Samte

in jeder Preislage

Ernst Schall

Consum-

Berein Calw und Umgegend.

Auch dieses Jahr werden wir wieder für unsere Mitglieder

Eier

zum Einlegen bestellen. Wir bitten daher unsere verehrl. Mitglieder um Abgabe ihrer Bestellung in unseren Verteilungsstellen. Erfahrungsgemäß sind die März- und April-Produkte am schönsten, und müssen wir daher jetzt schon eine Ueberflut über den Bedarf haben, um bei günstigstem Preisstand zugreifen zu können.

Calw, 11. Febr.

Der Vorstand.

Sprengstoffe Sprengkapseln Zündschnüre

zum Stockholzmachen

Gerhard Paulus, Liebenzell, Fernsprecher 15.

Verkaufe einen schönen, starken, wachsamem

Wolfshund

schwarz m. gelb, tausche auch gegen schöne Farbentauben. Matth. Fenschel b. Hirsch, Altburg.

Sehe einen ca. 7 Zentr. schweren



Stier

dem Verkauf aus. Wilh. Gadenheimer Javelstein.

4-5-Zimmer-Wohnung

für sofort oder später gesucht. Angebote erbeten unt. C. F. 37 an die Geschäftsstelle ds. Bl.



Verkaufe eine 36 Wochen trüchtige, gutgewöhnte

Kalbin

tausche auch gegen Schlachtvieh. Frh Kaiser Liebelsberg.